

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgeschäft zu Wilsdruff Nr. 6 sowie für das Forst-

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Rentamt zu Tharandt. Volkshand-Konto: Leipzig Nr. 28618.

Nr. 13

Sonnabend den 17. Januar 1920

79. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Mehl für Deutschösterreich.

Abchnitt I der Bekanntmachung vom 10. d. M., nach welcher für die Woche vom 19. bis 25. Januar von den über 6 Jahre alten versorgungsberechtigten Personen nur 3 1/2 Pfund Brot bezogen werden sollten, wird **außer Kraft** gesetzt.

Die Rürung wird in der ersten Woche der neuen, Mitte Februar beginnenden Brotmarkenperiode vorgenommen werden.

Abchnitt II der obenwähnten Bekanntmachung, die Selbstversorger betreffend, **bleibt bestehen.**

Meißen, am 15. Januar 1920.

1236 b II E.

Kommunalverband Meißen Stadt und Land.
(Die Amtshauptmannschaft.)

Nachdem der II. Nachtrag zum hiesigen Ortsgefetz die oberbehördliche Genehmigung erlangt hat, wird dieser nachstehend zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Wilsdruff, am 15. Januar 1920.

Der Stadtrat.

II. Nachtrag

zu dem Ortsgefetz für die Stadt Wilsdruff vom 28. November 1912.

I.

Die §§ 8 bis 10 haben durch das Ortsgefetz vom 21. Dezember 1918 über die Wahlen von Stadtverordneten ihre Geltung gefunden.

II.

1. § 21 hat künftig zu lauten:

„Der Stadtrat besteht aus dem Bürgermeister und 5 Stadträten.“

2. In § 30 werden Abs. 1 und 2 aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Die unbeforderten Ratsmitglieder werden von den Stadtverordneten in geheimer Wahl nach dem Grundfaze der Verhältniswahl auf 6 Jahre gewählt.

Sind alle Ratsmitglieder gleichzeitig gewählt, so scheiden nach 2 und 4 Jahren je 2 Mitglieder und nach 6 Jahren 1 Mitglied aus. Die Reihenfolge der Ausscheidenden wird durch das vom Wahlvorsitzer nach beendeter Wahl zu ziehende Los bestimmt.

Die Wahl findet in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten statt. Wahlleiter ist der Stadtverordnetenvorsteher oder sein Stellvertreter. Mindestens 2 Wochen vor der von ihm festzusetzenden Wahl hat der Stadtverordnetenvorsteher in der Stadtverordneten-sitzung zur Einreichung von Wahlvorschlügen bei ihm aufzufordern.

Die Wahlvorschlüge sind spätestens 1 Woche vor dem Wahltage einzureichen und müssen von mindestens 3 Stadtverordneten unterzeichnet sein.

Spätestens 3 Tage vor dem Wahltage sind die als gültig anerkannten Wahlvorschlüge den Stadtverordneten schriftlich mitzuteilen. Der Mitteilung ist je ein auf jeden Wahlvorschlüge lautender, in 20 Stück gleicher Verteilung hergestellter Stimmzettel und ein bei der Wahl zu benutzender Umschlag beizufügen.

Im übrigen finden auf die Wahl die Vorschriften des Ortsgefetzes über die Wahl der Stadtverordneten sinngemäße Anwendung.

Ist nur ein Wahlvorschlüge eingereicht oder zugelassen, so gelten die auf ihm verzeichneten Bewerber ihrer Reihenfolge nach in einer den zu besetzenden Stellen entsprechenden Zahl als gewählt, ohne daß es einer Wahlhandlung bedarf.

Im Falle eines auf Vereinbarung beruhenden einheitlichen Wahlvorschlüges muß auch ein einheitlicher Gesammterorschlag vereinbart werden, worin festgelegt wird, für welches Ratsmitglied jeder einzelne Gesammterorschlagmann einzutreten hat.“

III.

§ 31 hat künftig zu lauten:

„Der Stadtrat ist ermächtigt, ohne Zustimmung der Stadtverordneten Ausgaben bis zu 150 Mk. im einzelnen Falle zu bewilligen.“

IV.

§ 32 wird angefügt:

„Auf Beschluß der städtischen Kollegien können die Sätze, den Zeitverhältnissen entsprechend, erhöht und wieder abgemindert werden.

Nichtbeamteten Angestellten oder Beauftragten kann für Reisen im Dienste der Stadt der Bürgermeister eine angemessene Auslösung bewilligen, die aber die oben gezogenen Grenzen nicht überschreiten darf.

Außer der Auslösung kann Ersatz des nachweislich entgangenen Arbeitsverdienstes gefordert werden.

Den unbeforderten Ratsmitgliedern und den Stadtverordneten wird als Entschädigung für Zeitaufwand und Einbuße an Arbeitsverdienst durch Teilnahme an den Sitzungen und Besichtigungen (einschließlich der etwaigen Vorbereitung) beider Körperschaften für sich oder gemeinsam eine Jahresentschädigung gewährt. Sie beträgt für die Ratsmitglieder 250 Mk., für die Stadtverordneten 120 Mk. und für den 1. Stadtverordnetenvorsteher 200 Mk.

Außerdem haben alle Teilnehmer an einer Sitzung oder Besichtigung eines gemischten Ausschusses Anspruch auf ein Sitzungsgeld in Höhe von 5 Mk., das sich auf 4 Mk. erhöht, wenn die Sitzung oder Besichtigung die Dauer von 2 Stunden überschreitet.

Die Jahresentschädigungen sind am Schlusse des Kalenderjahres nachträglich in der Stadtkasse zu erheben. Für jede veräumte Sitzung oder Besichtigung wird ein Betrag von 5 Mk. in Abzug gebracht. Die Sitzungsgelder können am Monatsende erhoben werden.

Dem Vertreter des Bürgermeisters steht für die Urlaubsvorsetzung überdies eine Vergütung von 250 Mk. zu.“

V.

Abs. 1 und 2 in § 33 erhalten folgende Fassung:

„Unterbeamte sind die dauernd angestellten Inhaber einer im Beamtenverzeichnis aufgeführten Beamtenstelle, sobald sie das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Wird einem Angestellten vor vollendetem 25. Lebensjahre eine Beamtenstelle dauernd übertragen, so ist er bis zur Erreichung dieses Alters als Hilfsarbeiter anzusehen.“

VI.

Die Neuwahl der Ratsmitglieder erfolgt im Dezember dieses Jahres für den 1. Januar 1920. Die Jahresentschädigungen und Sitzungsgelder werden erstmalig für die Zeit vom 1. Januar 1920 ab gewährt. Im übrigen tritt der Nachtrag sofort in Kraft.

Wilsdruff, am 13. November 1919.

Der Stadtrat.

L. S. (gez.) Rängel,
Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.

L. S. (gez.) Oberl. Kantor Dienzsch,
1. Vorsteher.

Vorstehender II. Nachtrag zum Ortsgefetz für die Stadt Wilsdruff ist zufolge Ermächtigung des Ministeriums des Innern in dessen Namen

genehmigt

worden.

Dresden, am 13. Januar 1920.

Die Kreisauptmannschaft.

L. S. Krug v. Ribba und v. Falkenstein.

Freibank.

Sonnabend den 17. Januar 1920 norm. 9 bis 1 Uhr Rindfleisch in rohem Zustande. Preis 2,60 Mark das Pfund. Es werden die gelben Lebensmittelkarten Nr. 2601 bis 3170 beliefert.

Wilsdruff, am 16. Januar 1920.

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben

Das Betriebsrätegefetz vor der Nationalversammlung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Bauer hat sich einem schweizerischen Journalisten gegenüber einvernehmlich über die Unmöglichkeit des Friedensvertrages ausgesprochen.

* Die Nationalversammlung wird in Form einer von allen Parteien einseitigen Interpellation gegen die Zustände im besetzten Gebiet projiziert.

* Zum Erzbischof von Köln wurde Bischof Schulte von Badenooen gewählt.

* Die Franzosen haben die ersten Verträge zum Abtransport der Kriegsgefangenen angeordnet.

* Clemenceau hat endgültig seine Kandidatur für die Präsidentschaft aufgegeben.

* Nach einer Reutersmeldung aus London hat die niederländische Regierung der Londoner Regierung halbamtlich mitteilen lassen, daß sie auf dem Vortritt des ehemaligen deutschen Kaisers bestehe.

* Oberst ist von den Russen Demitoff gestimmt worden. Die Bolschewiken haben die Stadt besetzt.

Abschied.

Jetzt geht's ans Abschiednehmen. Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, und schon sehen sich allenthalben die Orientaleute in Bewegung, um in unseren Grenzgebieten die deutsche Verwaltung hinauskomplimentieren. Schleswig kommt zuerst an die Reihe, dann West- und Ostpreußen ziemlich zu gleicher Zeit mit Oberschlesien, und Rangel und Dangel werden natürlich auch nicht vergessen werden. So geht es eben, wenn ein Krieg, und sei es auch der gerechteste, verloren wird.

Es kommt hinzu, daß wir auch jetzt noch nicht von den Siegern auf gleichem Fuße behandelt werden. Aus Hensburg wird berichtet, daß, als das deutsche Torpedoboot im Hensburger Hafen in Sicht kam, auf dem die letzten deutschen Matrosen von der Marinejacht Division nach Kiel gebracht werden sollten, von dem bereits anwesenden englischen Admiralschiff drei Schüsse auf den deutschen Torpedoboot abgefeuert wurden: „Keine Begrüßung.“ So fuhr unser kleines Torpedoboot ohne Gruß an den fremden Geschiffen

vorüber; um so heller aber erklang das Deutschlandlied über den Hafen hin, umso lauter das Hurra, mit dem es in Hensburg von den Matrosen empfangen wurde. Dabei muß selbst Reuter zugeben, daß die britischen Beamten von den Deutschen in Schleswig höflich behandelt worden seien, und wer unsere Marine kennt, wird ohne weiteres davon überzeugt sein, daß auch sie es in keinem Punkte den Fremden gegenüber an der gebotenen Höflichkeit hat fehlen lassen. Aber tut nichts; der Stachel der Niederlage kann den vermeintlichen Deutschen gar nicht tief genug ins Fleisch hineingetrieben werden. Von einer wirklich friedfertigen Stimmung werden wir im internationalen Verkehr mit unseren Feinden, wenigstens was seinen amtlichen Ausführlern betrifft, noch lange Zeit hinaus wenig oder gar nichts zu spüren bekommen.

Ran hat uns in den letzten Tagen wiederholt, und mit guten Gründen, das furchtbare Schicksal Deutsch-Osterreichs vor Augen gehalten. Jetzt kommt Herr Hoover, der vorjährige Lebensmittellieferant der Vereinigten Staaten, und erklärt vor dem Ausschuss des Repräsentantenhauses, für die dort herrschenden Zustände seien die europäischen Mächte

verantwortlich, denn sie hätten Österreich gewonnen, einen Vertrag zu unterzeichnen, der ihm das ganze Adersbaugebiet, aus dem es früher zusammengelegt gewesen sei, raube. Deshalb schlägt er, da er ja auch jetzt wieder mit der Frage der Unterdrückung Europas befaßt ist, vor, die Schwierigkeiten dadurch zu lösen, daß Österreich gestattet werde, sich an Bayern anzuschließen. Herr Hoover schweigt nur darüber, daß die vernichtende Kritik der Versailler Staatsmänner, die in seinen Worten liegt, zum mindesten mit gleicher Wucht auch den Präsidenten Wilson trifft, der zu dieser geradezu himmelstürmenden Zustimmung gegeben hat, obwohl sie zu seinen 14 Punkten so ausgezeichnet paßt wie die Faust aufs Auge. Trotzdem beharren Clemenceau und Lloyd George auf der unveränderten Aufrechterhaltung ihres Willens. Sie haben neuerdings in Wien, wo sich oftmals Anzeichen einer förmlichen Zuspitzung der Lage bemerkbar machen, wissen lassen, daß jede Änderung des bestehenden Zustandes bei der britischen und französischen Regierung die ungünstigste Beurteilung finden würde. Dieser Standpunkt hält sie jedoch auf der einen Seite nicht davon ab mit bedauerndem Achselzucken festzustellen, daß der trostlosen Lage dieser Republik nur mit amerikanischer Mitwirkung abgeholfen werden könne. So werden unsere deutschen Brüder an der Donau auch jetzt noch zwischen Drohungen und Versprechungen hin- und hergezerrt, von denen jene höchst greifbarer Natur sind, während die Versprechungen vollständig in der Luft schweben.

Das sind die Aussichten, denen wir uns bewußt werden müssen, wenn jetzt in unsere Nord- und Ostmarken fremde Gewalttäter einziehen. Angeblich geschieht es, um unparteiliche Abstimmungen in den strittigen Grenzgebieten zu sichern. In Wirklichkeit soll nur der Raub auch dieser ungeschützten Gebiete vor der Welt mit einem Schein des Rechtes umkleidet werden, gleichviel was hinterher, wenn auch die obersteinsten Kohlengruben, die besten Getreide- und Kartoffelfelder Ostpreußens, der herrlich entwickelte bäuerliche Kleinbesitz in Nord- und Mittel-Schleswig genommen ist, aus dem schließlich vertriebenen Deutschland wird, ob es sich dann auch noch so kümmerlich ernähren kann oder nicht. Werden wir ein hilfloses Brod wie das arme Österreich, um so besser für unsere Feinde — dann bleiben wir eben für Zeit und Ewigkeit auf ihre Gnade und Ungnade angewiesen. Und Clemenceau kann beruhigt in die Grube fahren.

Sollten wir, bei allem unserer innerpolitischen Jammer, nicht ein klein wenig doch auch an diese Gefahren denken und den kommenden Abstimmungen deshalb etwas mehr Aufmerksamkeit schenken, als es bisher geschehen ist?

Reichsfanzler Bauer über den Frieden.

Die geknechteten Rheinlande.

Reichsfanzler Bauer gewährte einem Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung“ eine Unterredung. Im Verlaufe dieses Gesprächs äußerte er sich im Anschluß an die Ratifikation des Friedens wie folgt: „Sie wissen, welche Schwierigkeiten es gekostet hat, diesen Frieden unter Dach und Fach zu bringen. Immer wieder kam eine neue Forderung der Entente, die neue Verhandlungen notwendig machte, immer wieder wurde der Unvollständigkeit der Ratifikation hinausgezögert, obwohl wir ein dringendes Interesse daran hatten, den Waffenstillstand durch Schaffung eines wirklichen Rechtszustandes abzuschließen. Nun ist der Friede da, und damit ist wenigstens formell eine wichtige Etappe zurückgelegt. Welche Stellung wir als Volk und als Regierung einnehmen wollen, wird Ihnen bekannt sein. Wir sind entschlossen, den Versailler Vertrag zu halten, so schwer er ist; wir wollen

keine Revanchepolitik

treiben, sondern wir wollen arbeiten; wir wollen uns also bemühen, Paragraph für Paragraph des Versailler Friedens innezuhalten, und das mit voller, bewußter Loyalität. Wir erwarten aber auch, daß die Entente loyal sein und zu einer Wiederrückkehr des Versailler Friedens bereit sein wird, so bald sich herausstellt, daß er in dieser Form nicht durchführbar ist.

Denn darüber wollen wir uns klar sein, wenn der Versailler Vertrag Buchstabe für Buchstabe in dem Geiste ausgeführt wird, in dem der Waffenstillstand gehandhabt worden ist, so bedeutet er nicht den Beginn eines Friedenszustandes, sondern die Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln — die Fortsetzung des gräulichsten Krieges, den die Welt bisher gesehen hat.

Ich vertraue, daß die Entente nach und nach einsehen und zugeben wird, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Friedensbedingungen zunächst in der Praxis und dann auch in der Form zu mildern. Allerdings sind die Bestimmungen, die gerade jetzt von der Hohen Interalliierten Rheinlands-Kommission erlassen werden sollen, um ihre eigener Befugnisse und ihr Verhältnis zu den deutschen Behörden festzulegen, nicht gerade dazu geeignet, diese Auffassung zu unterstützen. Tatsächlich bedeuten diese Bestimmungen einen entschiedenen Rückschritt und nicht einen Fortschritt; sie lassen sich mit dem Friedensvertrag nicht vereinbaren und schaffen einen Zustand, der schlimmer ist als der bisherige, überliefern sie doch das gesamte öffentliche und private Leben der Rheinlande

Dem willkürlichen Ermessen der Kommission,

die überall bestimmen und eingreifen kann, sobald die Sicherheit der Besatzungstruppen oder die Aufrechterhaltung der Ordnung ihrer Meinung nach gefährdet ist. Ich möchte hier nur einige Punkte herausgreifen, die Ihnen die Art, den Geist dieser Bestimmungen besonders treffend illustriert. Da sind zunächst Bestimmungen über das Verhältnis der interalliierten Militärbehörden zu allen deutschen Behörden und allen Personen im besetzten Gebiet: Ihren Befehlen muß überall gehorcht werden, und wenn das nicht geschieht, so können z. B. Beamte durch Entscheidung der Hohen Kommission zeitweilig oder dauernd ihres Amtes entsetzt werden. Unsere Reichsgesetze sind der Hohen Kommission vorzulegen und können von ihr sofort oder auch später außer Kraft gesetzt werden. Die Besatzungstruppen der Entente unterliegen einschließlich aller von diesen Truppen angeführten oder in ihren Diensten stehenden Personen ausschließlich den Militärgesetzen oder Gerichtsbarkeiten der Truppen. Das ist ein Freibrief für die rheinischen Hochverräter, die aber noch dadurch rückwärts geschickt werden, daß gegen Einwohner der besetzten Gebiete ohne Ermächtigung der Hohen Kommission wegen politischer Veräußerung aus der Zeit des Waffenstillstandes keine gerichtliche Verfolgung eingeleitet oder fortgesetzt und keine Strafbestimmung angewendet werden darf. Andererseits soll die Hohen Kommission befugt sein, ungeachtet gegenteiliger Bestimmungen deutscher Gesetze bei der Unterdrückung irgendwelcher Angelegenheiten, sich alle beherrschenden und sonstigen Urkunden, deren Fortsetzung für den Gang der Unterdrückung für notwendig erachtet wird, ausliefern zu lassen.

Das Briefgeheimnis wird so gut wie aufgehoben,

da sich die Hohen Kommission das Recht beilegt, sich Briefe und Postsendungen jeder Art auszuwählen zu lassen, sobald sie das aus irgendwelchen Gründen für nötig hält. Zeitungen, Bücher, Drucksachen, Noten, Bilder und Pläne können nach ihrem Ermessen verboten oder beschlagnahmt werden. Das Versammlungswort wird gleichfalls gänzlich von der Hohen Kommission abhängig gemacht, da dies selbst unpolitische Versammlungen von ihrer Genehmigung abhängig macht. Auf diese Weise wird das Rheinland den ganz subjektiven Verwaltungsmahnahmen der Hohen Kommission unterstellt, ohne daß ihm eine Apellationsmöglichkeit gewährt würde. Das erinnert an die Zustände, die im zaristischen Rußland herrschten.

Und dieser Zustand soll 15 Jahre dauern?

Die Entente wird selbst einsehen, daß sie Widerungen einleiten lassen muß; nicht nur aus allgemeinen rechtlichen Gründen, sondern aus der ganz realpolitischen Erkenntnis heraus, daß man auf diese Weise nicht dauernde Verhältnisse schafft. Punkt Schluß der Unterredung fand der Reichsfanzler freundliche Worte für die Gefangenenfürsorge, die während des Krieges durch die Schweiz ermöglicht worden ist.

Das Eulenhaus.

Roman von G. Harlitt.

40)

„Nicht möglich! Unglaublich!“
„Die Gerolds haben eigentlichliches Glück!“
„Was sagt Seine Hoheit dazu?“ fragte plötzlich die lede Stimme eines jungen Diplomaten.

Die alte Erzherzogin mit weisem Scheitel und würdevollem Gesicht am oberen Ende der Tafel rümpelte sich vernehmlich und schüttelte mißbilligend das Haupt.

Man sah sich lächelnd und vielgeredet in die Augen, trant schweigend seinen Wein aus, reichte längst zurückgewiesene Kompottschüsseln noch einmal herum; die wöchliche Erzherzogin begann nach einer Pause vom Wetter zu sprechen. Ein paar Bräutigamsmütter erfahnten mit einem Blick auf die Tochter begierig das neue Thema, „ob man es wagen dürfe, auf die hohe Worte zu folgen, einen der beherrschenden Ausdrucksphrasen der Umgebungen?“ — Und als die Tafel erschrocken war, traten die älteren Damen zusammen und flüstereten und suchte die Ähneln und hielten die Taschentücher vor den Mund und schielten dahinter.

Hier jetzt war es noch nicht gelungen, mit eigenen Augen sich zu überzeugen, denn bis zu diesem Augenblick hatten sämtliche um das Befinden der hohen Frau besorgte Herren und Damen sich damit begnügt, ihre Namen in das Buch einzutragen, das in einem Saal zu ebener Erde des Altensteiner Schlosses aufhing. Aber man hörte doch dieses und jenes; man vermutete, man kombinierte. Man war so neugierig auf den nächsten Donnerstag; denn daß die fürstlichen Herrschaften auf dem feste des Baron Gerold erscheinen würden, ließ sich mit Bestimmtheit annehmen; man erwartete sogar ganz sicher, an diesem Tage eine große Wichtigkeit zu hören, nichts Geringeres als die Bekanntmachung einer längst erwarteten Verlobung.

Ja, es konnte interessant werden! Und während aller dieser Vermutungen, während aller dieser Erwartungen leise man auf Reußhaus und Wienstein sichtbar in aller Ruhe weiter.

Kapitel 18.

Prinzessin Helene sah im Reußhäuser Garten und neben ihr stand das elegante Hindenburgpaar der kleinen Leonie. Ihre Durchlaucht spielte noch immer die zärtliche Tante in der fürstlichen Art, wie sie alles aussuchte, was ihr durch das Köpchen schloß. Sie schleppte die Kleine überal mit herum; sie bemühte sich mit unermüdlicher Ausdauer, ihr geliebtes Nichte die „Boni“ „Bapa“ zu lehren; doch die schenen schwarzen Hindenburgs sahen sie gar nicht an, aber das träge Mädchen blieb geschlossen. Sie wußte nicht, daß selbst das jüngste Kind eben in den Augen zu sehen verriet.

Die Abstimmungen!

Eine Übersicht über die Termine.

Die Reichsregierung veröffentlicht folgende Übersicht über die Befetzung der Abstimmungsgebiete sowie von Danzig und Memel:

1. Schleswig. Ein französisches Bataillon trifft vom 20. bis 22. 1. in Gaderleben und Sonderburg ein, ein englisches Bataillon am 25. 1. zu Wasser in Flensburg.

2. Danzig wird von zwei englischen, einem französischen Bataillon besetzt. Erster Zug trifft in Station Brauns 4. 2. ein.

3. Bezirk Marienwerder. Ein italienisches Bataillon trifft 27. 1. in Deutsch-Eulau ein, detachiert von dort nach Marienwerder und Marienburg. Die detachierten Kompagnien werden in den ersten Februarjahren durch je ein halbes englisches Bataillon abgelöst.

4. Bezirk Allenstein. Am 30. und 31. 1. trifft ein Bataillon Engländer in Ost ein, von dem später ein halbes Bataillon nach Gensburg verlegt wird. Am 4. und 6. 2. trifft ein zweites englisches Bataillon in Allenstein und Osterode ein, das später gleichmäßig auf beide Orte verteilt wird.

Demer wird Memel Anfang Februar von einem französischen und einem englischen Bataillon besetzt. — Oberjohannessen wird vom 28. Januar ab besetzt. Die Franzosen beginnen in der Südbucht. Die genaue Verteilung zwischen den Alliierten steht noch nicht fest. Jedemfalls wird der südwestliche Teil von den Italienern, der mittlere Streifen von den Franzosen, der nördliche Teil von den Engländern besetzt.

Einheitlicher Protest der Nationalversammlung.

Wie verlautet, wird der Nationalversammlung vor ihrem Auseinandergehen noch eine Interpellation angehen, die von allen Parteien des Hauses unterzeichnet ist und die Verhältnisse und die Zukunft des besetzten Gebietes behandeln soll. Diese Interpellation wird sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nur ein Redner, voraussichtlich der Zentrumspartei, soll dazu das Wort ergreifen, um die Kundgebung desto einflussreicher zu gestalten.

Einzelheiten zum 13. Januar.

Die Bedenken Rubells und der Able.

Zu den blutigen Vorgängen vor dem Reichstag am 13. Januar berichtet der Vorwärts nach: „Zu den Mitteilungen, daß die Abgeordneten Zich und Rubell die vor dem Reichstag verammelten Menschenmassen durch heftige Reden aufgepuscht haben, wird uns mitgeteilt, daß die als „Lies rabiat“ bekannten Mitglieder des „Noten Volkzugsrats“ Malhan und Reumann auf einem Postwagen an der Peripherie der Demonstranten von einem Platz zum andern gefahren sind, um bei jedem Halt die Masse durch aufreizende Redensarten zur Aktion aufzufordern. Die Opfer sind die mißleiteten und verführten Arbeiter, die Aufwiegler haben sich stets außer Schwärze gehalten.“ Und weiter wick der Vorwärts zu melden: „Für die fanatische Wut gewisser Elemente, deren höchst egoistischen und unpolitischen Absichten die Polizei im Wege steht, ist folgende Tatsache bezeichnend: In einer Vorzimmerwohnung der Hindenburgstraße, ganz nahe am Reichstag, in der ein von der Menge verfolgter Sicherheitspolizist aus Erbarmen aufgenommen wurde, schlugen die Besorger die Fenster ein, um ihrem Opfer folgen und ihr Vorwort vollenden zu können. Rechtzeitige Versenkung hinderte die „revolutionäre Tat“.

Die S. P. D. gegen die Unabhängigkeit.

Die Funktionäre der mehrheitssozialistischen Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins haben ebenfalls die Vorgänge eingehend besprochen. Der Vorsitzende, Ministerialdirektor Franz Krüger, stellte zunächst fest, daß ein großer Teil der an den Tagen der Ereignisse gezwungenen Maßnahmen zum Reichstag mitgegangen sei, dann aber, als die Kontrolle aufhörte, abgeschwenkte. Es sei durch Zeugen behauptet worden, daß in den Betrieben und während der Demonstrationen es von gewissen Elementen zum Ausdruck gebracht wurde, daß man von vornherein bei der Demonstration mit blutigen Zusammenstößen rechnete. Bei einer

„Oh nichts — nichts, Beate; lehre dich nicht davon, es kam mir so unheimlich über die Lippen. Es wird überwinden werden — dann — wenn es wieder still und einsam ist hier auf Reußhaus. Habe Rücksicht mit mir.“

Aber die Schwester wich nicht. „Lothar“, begann sie entschlossen, „obgleich ihr das Recht weh tut, ich glaube, ihr Männer seid in manchen Sachen jähner von Begreifen; ich denke, du darfst auch diesmal nur die Hand ansprechen.“

„Nein, mein kuges Schwesterchen, diesmal nicht“, erwiderte er. „Aber meine geöfferte Hand hinweg streich dich siegesgewiß eine andere; und als ich das sah, da habe ich meine Fuß zurückgezogen und zur Faust geschlossen. So, und nun frage mich mehr und laß mich allein, Beate!“

„Du bist noch immer der törichte Junge wie früher“, murmelte sie und wandte sich. „Bei Gott, sie laßt dir noch wie deine Diana da —“ Und sie wies auf den Hahnentanz, der mit Augen Augen jeder Bewegung seines Herrn folgte.

Sie stand dann plötzlich in der Halle und sah mit finsterner Miene, wie Prinzessin Helene im fernen Morgenlicht, gefolgt von der Komtesse, die dreite Treppe herunterkam, am im Garten zu verschwinden. Die schwarzen Augen der Prinzessin hatten durchbohrend auf die feste Eichenleiste gesehen, die zu Lothars Gemächern führte, und in Beates bekümmertem Herzen hatte sich der Born geregt. Sicher, das war verdächtig von ihm; deutlicher konnte ihm nicht gezeigt werden, daß er geliebt wurde, nach ihrer Meinung schon viel zu deutlich! Ihr waren diese dreisten feindschaftlichen Augen, dies unsterbliche, konzentrierte, nervöse Wesen der Prinzessin unfähig zu wider. Gott mochte wissen, was ihr jetzt wieder durch den Kopf schloß; der Haß und Verdacht war so wenig vor ihr sicher wie die Hindenburgs oder das Erbprinzenpaar dort am Ende des Parkes, zu dem sie weidlich gebietet den Schlüssel verlangt hatte, um die Sänge der heimgegangenen Eltern zu bekräftigen. Eine Aufmerksamkeit für den Sohn, die nur leider von diesem völlig übersehen worden war.

Beate schüttelte den Kopf und ließ die Treppe hinauf nach der großen Dachstube, wo die Wäschebänke und Truben standen. Dort setzte sie sich hin und gab der Luft zum Weinen nach. War es denn ein Glück, das er erlebte in Stunden und Verzweiflung? Dieses hochgehorene leidenschaftliche Geschöpf — War denn die erste Ehe ein Glück gewesen? Warum flohen Lothars Wünsche so hoch? — Sie dachte seiner Zukunft an ihrer Seite, an das verlassene schlichte Haus seiner Väter, in welchem sie einzeln und allein verbleiben würde, es löbend und beschützend wie jetzt. Er würde hinausgehen mit ihr in das bewogte Leben der Residenz, auf Reisen sein, wie mit der ersten Gattin; und mitunter würde er kommen, auf ein paar Tage? — „Amen! Was sollte die erkrankte Frau auch hier? Ihr Ammenbrot jetzt bezauberte so nur eine Ermüdung; ihr spielendes Interesse an dem Haushalt des Stammhauses war nur ein Beweis, daß auch sie sich gern herablassen würde, wie einst ihre Schwester sich herabgelassen.

„Am Gottes willen, Lothar“, sagte sie und trat zu ihm, „du bist krank!“

„Rein! Rein!“
„Dann hast du Sorgen!“
„Sorgen wie ein Mann, der sein ganzes Hab und Gut, seine Hoffnung, seine Zukunft auf ein gebrechliches Schiff lud und es nun fächeren Ufer aus Sturm und Wellen preisgegeben sieht; der dasteht, ohne retten zu können, und weiß, daß der Untergang gleichbedeutend ist mit Elend und Verzweiflung.“ — sagte er leise.

„Aber, Lothar!“ rief Beate entsetzt. Sie war es nicht gewohnt, ihn in solchen Bildern sprechen zu hören und mit einer so bitteren Betonung. Und fast liegend bat sie: „Schenke mir dein Vertrauen, Lothar, erkläre dich deutlicher — du ängstest mich!“

Völkchenberger Firma habe der Unabhängige Grabe die Arbeiterkassen aufgeführt, sich Waffen zu verschaffen und jeden „grünen Ausschuss“ niederzuschlagen. Es solle sich auch jeder mit Beschäftigten versehen, um im Falle der Not überall einbringen zu können. Die Sicherheitspolizei habe sich mütterlich rücksichtsvoll benommen. Das Vorgehen der Regierung sei durch das Treiben der U. S. W. und R. V. D. hervorgerufen worden. Diese Parteien hätten es sich selbst zuschreiben. Hieran sprach der Abgeordnete Sellmann-Klein. Er wies darauf hin, daß als die Schießerei begann, die U. S. W. Abgeordneten sich im sicheren Sitzungssaal befanden. Die ersten Verwandten seien nicht bei den Waffen, sondern bei den Schüsleren gewesen. Er habe stundenlang die Kammergeduld dieser Leute bewundert. Seine Nerven wären längst gerissen. Erst, als man die Sicherheitsbeamten blutüberströmt in den Reichstag brachte, als die Gefahr bestand, daß die Waffen in das Haus eindringen, und als die Beamten sich in äußerster Lebensgefahr befanden, habe man zu den Maschinengehören gegriffen. In der weiteren Aussprache wandten sich die Redner scharf gegen die Vorfälle. Ein Funktionär der U. S. W., Brunnenstraße, machte interessante Mitteilungen über den Terror der Radikalen, mit dem die Demonstration erzwungen werden sollte. Die Unabhängigen gaben die Parole aus, der Betrieb werde um 12 Uhr geschlossen. Wer den Betrieb vorher verlassen, sei entlassen. Dies Mittel wirkte so gut, daß von 8000 Arbeitern des Werkes nur 500 um 12 Uhr Schluß machten. In der Entschließung, die darauf gegen 5 Stimmen zur Annahme gelangte, werden die Todesopfer bedauert und wird die Verantwortung für die besagten Vorfälle dem Unabgängigen und Kommunisten zugeschrieben. Gleichzeitig wurde betont, daß von der Regierung verhängte Ausnahmezustand unter diesen Umständen eine Notwendigkeit gewesen sei.

Zeitweiser Profeststreik in Berlin.

Nur geringe Ausdehnung.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag beschloßen eine Anzahl von Kommunisten und unter unabhängigen Einfluß stehender Gewerkschaften einen 24stündigen Profeststreik gegen die Verfügungen der Regierung und gegen das Militär zu veranlassen. Die Parole wurde durch Plakate und Flugblätter trotz des Verbots verbreitet, kann aber auch in den Betrieben von Mund zu Mund. Bis zum Nachmittag hatte die Streikantenne nur mäßige Erfolge aufzuweisen. Eine Anzahl von Fabriken wurde zwar stillgelegt, da in ihnen die Arbeiterschaft in ihrer Mehrzahl zur unabhängigen Fabrik schiedet. So waren die Schwarzpulverwerke, die Rabelwerke in Oberkammerweide, die Oberkammerweider Maschinenfabrik, die Neuen Automobilwerke u. a. zum Stillstand gezwungen. Die nur einen geringen Teil des Fahrzeugverkehrs umfassende sogenannte „städtische Straßenbahn“ mußte ebenfalls die Fahrten einstellen. Alle lebenswichtigen Betriebe arbeiteten aber, so die Allgemeine Straßenbahn, die Hochbahn, die Elektrizitäts- und die Gaswerke. Dieserorts kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen radikalen und mehrheitssozialistischen Arbeitern, die sich durchweg weigerten, an den Streik teilzunehmen, der hier und da auch mit einer Gebärmittelfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Verbindung gebracht wurde. Im allgemeinen war denn auch bis auf einzelne Ausnahmen alles in voller Arbeit.

Abflauen des Eisenbahnstretks.

Der Eisenbahnstretk im rheinisch-westfälischen Industriebezirk kann als beendet gelten. Bis auf die Strecke Düsseldorf-Duisburg ist auf allen wichtigen Strecken der Personenverkehr wieder aufgenommen und der Güterverkehr in Gang gebracht worden. Von Dortmund, Düsseldorf und Elberfeld aus dürfte im Augenblicke schon ein normaler Zugverkehr einlehen. Von Köln aus ist auch im besetzten Gebiet der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen.

Die Verhandlungen, die die Eisenbahndirektion Rattowis mit den streikenden oberfälischen Eisenbahnern geführt hat, haben mit einer Verständigung geendet. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden.

Im Dresdener Bezirk ist allerdings der Ausstand Tatsache geworden, jedoch schweben Verhandlungen, die eine baldige Beilegung erhoffen lassen.

Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Engelsdorf sind in den Ausstand getreten. Auch die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten Bwidau streiken.

In den Verhandlungen über den Eisenbahnlohnstretk für die westlichen Direktionsbezirke sind für die Sandverker über 24 Jahre in allen größeren Direktionsbezirken, wie für Groß-Berlin, Lohnsätze von 3,60 Mark bis 3,30 Mark vereinbart worden. Nur für die ganz billigen ländlichen Direktionsbezirke ist der Satz auf 2,70 Mark für die Stunde festgelegt worden.

Eine Mahnung an die Eisenbahnbeamten

erläßt der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten. In dem Erlaß heißt es:

Die letzten Ereignisse lassen keinen Zweifel mehr, daß die Eisenbahnerbewegung nur ein Teil einer umfassenden nationalistischen Bewegung zum Sturz der Regierung ist, die von langer Hand von den Kommunisten und Sozialisten vorbereitet ist. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen unbedingt notwendig. Ich erwarte, daß die Beamten in Erkenntnis dessen sich gegenseitig bei der Ausführung der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiten, insbesondere der Nebenarbeiten des Lokomotivdienstes, unterstützen. Es darf nicht gebahlet werden, daß ungezügelt Elemente das Verkehrsleben zerrütten und dadurch namenloses Leid über die breitesten Volksmassen bringen.

Ebenso bitten der „Volkshund“, die „Reichsvereinigung“ und der „Rund deutscher Frauen“ die drei Eisenbahnarbeiterverbände im Interesse der Heimbeförderung unserer Gefangenen in bemesslichen Worten zur ungehinderten Arbeit und Aufrechterhaltung des Verkehrs.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Welt.

Fel der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gekauft. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G.), 100 Kronen (Kr.) bzw. 100 Frank (Fr.):

Warenplätze	15. 1.		14. 1.		13. 1.	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam G.	2068%	2071%	2028%	2031%	1938%	1941%
Kopenhagen Kr.	984%	985%	994%	995%	934%	935%
Stockholm Fr.	—	—	—	—	1024%	1025%
Brisbania Kr.	—	—	1029%	1030%	—	—
Wien Fr.	969%	970%	959%	960%	914%	915%

Im Frieden kosteten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bzw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark, von kleinen Kursabweichungen natürlich abgesehen.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Reichschatzminister Dr. Mayer deutscher Geschäftsträger in Paris.

Berlin, 16. Januar. (tu.) Wie das Berliner Tageblatt hört, ist der Posten des deutschen Geschäftsträgers in Paris dem bisherigen Reichschatzminister Dr. Mayer, Kaufmann, übertragen worden.

Aufhebung eines kommunistischen Waffendepots.

Berlin, 16. Januar. (tu.) In der Nacht zum Donnerstag wurde ein ganzes Waffendepot der Kommunisten ausgehoben. Auf dem Landengelände in der Ostendener Straße 32 wurden 4 schwere und 2 leichte Maschinengewehre, 112 Infanteriegewehre, Modell 98, und 2 Kisten mit Munition ausgegraben. Die Sicherheitspolizei vermutet, daß noch mehrere solcher geheimer Waffenlager bestehen und ist eifrig dabei, ihnen auf die Spur zu kommen.

Graf Aldrovani italienischer Geschäftsträger in Berlin.

Amsterdam, 16. Januar. (tu.) Aus Paris wird unterm 14. Januar gemeldet: Die italienische Abordnung teilt mit, daß zum Vertreter in Berlin Graf Aldrovani ernannt worden ist. Dieser ist gestern abend in Paris eingetroffen und wird alsbald die Reise nach Berlin fortsetzen.

Hoher Wasserstand des Rheins.

Köln, 16. Januar. (tu.) Das Hochwasser des Rheins hat in Köln die Höhe von 9,23 Metern erreicht und nähert sich dem Höchststande des 19. Jahrhunderts, der am 20. November 1881 mit 9,52 Metern festgesetzt wurde. Der Betriebsbetrieb ruht fast vollständig. Die aus dem südlichen Stromgebiet vorliegenden Nachrichten lassen befürchten, daß die Flut noch weiter steigen wird.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für viele Abteil nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 16. Januar 1920.

— Der Postdienst an Sonntagen. Vom 18. d. M. ab wird die Annahme von Paketen an Sonn- und Feiertagen auf „dringende Pakete“ beschränkt. Vom 1. Februar ab werden außerdem an Sonn- und Feiertagen Postanweisungen und Zahlkarten, abgesehen von telegraphischen sowie Wertbriefe von der Annahme ausgeschlossen.

— III. Im vergangenen Jahre schenken der Heimatvereinigung Herr Oberlehrer Prengel: 1 Altenblatt von 1762, Schenkunterlage auf dem Rathaus, Herren Köhler, Vorkapell und S. A. Galle, Wilsdruff: Alten zur Kommunalgarde, Herr Sinemus: Alten zur Ratsmühle, 1 Wetterfahne, 1 Klobfahne, Herr Th. Schubert: ebenfalls 1 alte Säge. Dem Bauernzimmer gingen zu: der Weidhändler Theodor Wehner mit allem Zubehör, 1 gemalter Schrank von Frau Oberlehrer Thomas, 1 Kinderstühlchen von Frau Gerhardt, 1 Fußbank von Frau S. Starke, 1 Feuertafel von Herrn Rr. Rinken Herzogsmalde. An alten Kauf- und Innungsalten, an veraltetem Haus- und Handwerkszeug mag mancherorts noch etwas herumliegen. Es gerät in Vergessenheit, und Kind und Kindeskind wissen nichts mehr damit anzufangen. Man bringe es der Heimatvereinigung, hier bleibt es in Ehren und behält seinen Sinn.

— Die innerpolitische Lage“ behandelte am Donnerstag abend in einer von der Deutschen Demokratischen Partei Ortsgruppe Wilsdruff und Umgebung einberufenen Versammlung Herr Prof. Dr. Zehlsche-Dresden. Ausgehend vom Inkrafttreten des Friedensvertrages und den letzten Unruhen vor dem Reichstag zeichnete er in scharfen Strichen den Kampf um die politische Macht, der von links die proletarische Diktatur, von rechts die Autokratie bezweckt. Diesen Zielen, die zur Katastrophe führen müssen, setzte er den nationalen Einheitsstaat auf demokratischer Grundlage entgegen. „Jedes Volk schafft sich die Staatsform, die seiner geistigen Höhe entspricht.“ Als Hauptprobleme der Gegenwart kennzeichnete er die Einzelkammer, die religiöse und die soziale Luft. Ueber das eigentliche Thema des Abends hinausgehend erläuterte er den Begriff Demokratie: Demokratie als Weltanschauung. Dem praktischen und philosophischen Materialismus stellte er den deutschen Idealismus gegenüber, der die Schöpferkraft im Menschen achtet, Persönlichkeiten bilden will und auf diesem Grunde die parlamentarische Regierungsform als die eines reifen Volkes würdigste erachtet. Der Redner begründete dann die Stellung der Demokratischen Partei zum Betriebsrätegesetz. — In der Aussprache ward Herr Dr. Förderer zum Zusammenfluß und bewußte Arbeit am Aufbau des neuen Vaterlandes.

— Der Männergesangsverein „Sängertranz“ veranstaltet Sonnabend ein öffentliches Konzert. Das Programm weist eine Anzahl recht hübscher Chöre auf. Der Verein zählt gegen 60 aktive Sänger. Es sei auch an dieser Stelle auf diese Veranstaltung hingewiesen.

— In der letzten Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeslukturalrates wurden u. a. folgende Gegenstände beraten bzw. Beschlüsse gefaßt. Die infolge des weiterhin erheblich gestiegenen landwirtschaftlichen Betriebsaufwandes als völlig unzureichend zu bezeichnenden Höchstpreise für Milch und deren Erzeugnisse haben den Landeslukturalrat veranlaßt, eine Produktionskostenberechnung aufzustellen, die mit einer ausführlichen Begründung für die Notwendigkeit einer wesentlichen Erhöhung des gegenwärtigen Milchpreises an das Wirtschaftsministerium eingereicht werden soll. Der außerordentliche große Mangel an Betriebsstoffen für landwirtschaftliche Maschinen bildet ein immer stärker werdendes Hemmnis für die Ausführung der dringendsten Drusch- und Bekleinsarbeiten. Der Landeslukturalrat wird deshalb beim Wirtschaftsministerium den Antrag stellen, daß die zurzeit zu beobachtende Verschwendung von zum Teil im Schleichhandel erworbener Betriebsstoffe besonders für unntätige Kraftwagenfahrern in den großen Städten durch eine scharfe Kontrolle unterbunden wird, um auf diese Weise alle verfügbaren Betriebsstoffmengen der Landwirtschaft ungekürzt zuzuführen.

— Verlegung des Umsatzsteuervortrages Dr. Popitz. Der von der Handelskammer und dem Verbande sächsischer Industrieller auf Sonntag den 17. Januar 1920, abends 7 Uhr, im großen Saale des Vereinshauses in Dresden

anberaumte Vortrag des Geheimen Regierungsrates Dr. Popitz über das neue Umsatzsteuergesetz muß früher gelegt werden, weil der Vortragende aus dienstlichen Gründen gezwungen ist, noch am gleichen Abend nach Berlin zurückzukehren. Der Vortrag beginnt daher schon nachmittags 4 1/2 Uhr.

— Deutschnationaler Abänderungsantrag zum Kirchengesetz. Die deutschnationale Fraktion der Volkskammer hat den Antrag eingebracht, daß der § 1 des Kirchengesetzes so gefaßt werden soll, daß der Austritt erst nach Vollendung des 16. Lebensjahres erfolgen darf. In den § 2 soll die Bestimmung aufgenommen werden, daß der Austrittende dem Standesbeamten glaubhaft nachzuweisen hat, daß er dem örtlichen hierzu berufenen Vertreter seiner Religionsgemeinschaft vier Wochen vorher die Absicht, auszutreten, persönlich oder schriftlich angezeigt hat.

— Der Kampf gegen den Schleichhandel. Ueber die Tätigkeit des Landespreisesamtes in der Zeit vom 22. Dezember 1919 bis 3. Januar 1920 wird wie folgt berichtet: Prüfung der Viehlisten und anschließende Stallrevisionen zeigten wiederholt, daß Bestände an Vieh verheimlicht worden waren. Es erfolgte daher Beschlagnahme von 3 Rindern, 1 Stück Jungvieh, 13 Kälbern, 38 Schweinen, 14 Läufern, 14 Ferkeln, 7 Schafen und 18 Ziegen. Schwarzschlachten kamen mehrfach zur Anzeige. Die dabei noch vorhandenen Bestände wurden beschlagnahmt. Ferner verfielen der Beschlagnahme 14 Zentner Wurst und Fleisch, die bei Aufhebung einer geheim betriebenen Wurstfabrikation vorgefunden wurden. Bei Revisionen in Konditoreien wurden 550 kg Weizen- und Gerstflocken, das im Schleichhandel erworben war, beschlagnahmt. Im übrigen wurde an Schleichhandelsware, die zum Teil zu Bucherpreisen Absatz fand, beschlagnahmt: 212 kg Fleisch und Speck, 600 kg Mehl, 50 kg Reis, 161 kg Hülsenfrüchte, 203 kg Zucker, 15 kg Butter, 33 kg Margarine, 1700 Tafeln Schokolade, 318 Liter Rum und Kognak und 306 Stück Seife. Wegen unbefugten Ausmahlns von Getreide auf Handmühlmühlen kamen zur Beschlagnahme 233 kg Weizen und Roggen, sowie 87 kg Mehl und Reis. Ein lediglic für Schiebergeschäfte großer Stills getrudetes Geschäft wurde geschlossen. Dabei sind beschlagnahmt worden 480 Stück Seife, 2272 Stück Licht, 345 Pfund Schokolade, 150 Zentner Wepfel, 492 Bäckchen Delsardinen, 21000 Stück Zigaretten, 3360 farbende Schürzen, 5 Autoreifen, fetter Tee, Reisstärke, Erbsen, Bäckchen- und Schweinefleisch usw.

— Lotterie. Das Sächsische Ministerium des Innern hat genehmigt, daß der e. D. Krüppelhilfe in Dresden im Jahre 1920 eine Geldlotterie von 200000 Losen zu je 3 Mk., deren Ziehung im September 1920 stattfinden soll, veranstaltet.

— Amnestie für Hamsterer. Die sächsische Regierung hat der Volkskammer einen Gesetzentwurf zugehen lassen folgenden Inhalts: „Alle Vergehen und Übertretungen gegen solche Gesetze oder Verordnungen, durch welche der Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs geregelt wird, sollen nachgesehen werden, sofern sie bis zum 31. Dezember 1919 einschließlich von Verbrauchern verübt worden sind. Die wegen solcher Verfehlungen bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes von sächsischen Gerichten rechtskräftig erkannten Strafen einschließlich der Nebenstrafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, sowie die rückständigen Kontenverden erlassen, bei sächsischen Behörden anhängige und noch anhängig werdende Verfahren werden niedergeschlagen. Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf solche Verfehlungen, die in gewinnföchtiger Absicht begangen worden sind.“ Man kann dieser Vorlage, die von der Kammer wiederholt gefordert worden ist, in den von der Regierung gewählten Grenzen nur zustimmen, denn es werden ja dadurch nur die kleinsten hereingefallenen Hamsterer begünstigt, während Wucherer und Schieber ihrem Schicksal überlassen bleiben.

— Steinbach b. R. In der Nacht zum letzten Montag waren in der Mühle zu Steinbach bei Kesselsdorf ein Pferd sowie eine Anzahl Hühner und Kaninchen gestohlen worden. Als Diebe kommen zwei Personen in zeltgrüner Uniform in Frage, die das Pferd und die Rucksäcke mit den geschlachteten Tieren in einem Grundstück auf der Seminarstraße eingestellt, aber dann nicht wieder abgeholt haben. Vermutlich hatten die Spitzhüben gemerkt, daß die Polizei inzwischen Kenntnis von der eingestellten Diebsbeute hatte. Die Spitzhüben sind vermutlich diejenigen beiden Personen, die am letzten Weihnachtsheiligenabend in Jöllmen 21 Hühner abgeschlachtet und gestohlen haben.

— Meißen. Die Mitglieder des Finanzausschusses A der Sächsischen Volkskammer werden am Mittwoch nächster Woche in Meißen weilen, um die Porzellanmanufaktur zu besichtigen.

— Schandau. Bad Schandau ist, da auch die Kirnisch aus den Ufern getreten ist, vollständig überschwemmt. Der Verkehr in den Straßen wird mittels Kähnen aufrechterhalten. — In Teitschen steht das Dampfschiffhotel und die untere Elbstraße unter Wasser. Das Hochwasser droht den Verkehr zwischen Bodenbach und Teitschen zu sperren.

— Geyer. Unter den sächsischen Kirchenglocken ist diejenige der hiesigen Kirche nicht nur die berühmteste, sondern auch die merkwürdigste. Denn als Kunz von Kaufungen die beiden sächsischen Prinzen Ernst und Albert geraubt hatte (am 7. Juli 1455) und deshalb im ganzen Lande Sturm geläutet wurde, um alle Einwohner aufzujubeln, den frechen Räuber zu entdecken und gefangenzunehmen, zersprang die Glocke in Geyer von der allzu heftigen Bewegung; der Kurfürst Friedrich der Sanftmütige ließ die Glocke nochmals umgöhen und diesen Prinzenraub nebst des Mölders Bildnis auf dieselbe prägen.

Sächsische Volkskammer.

Die Donnerstag-Sitzung der Kammer war ausgefüllt mit Fragen der Lebensmittelforschung. Zur Beratung standen ein Antrag der Deutschnationalen auf Abbau der Landwirtschaft, dem die Mehrheit des Gesetzgebungsausschusses einen Antrag auf Verhäufung der Zwangsverteilung entgegenstellte, sowie Interpellationen der Mehrheitssozialdemokraten, den Stand der Lebensmittelforschung, die Abgabe eines Schweineviertels bei Haus-

schlachten betreffend und ein Antrag auf Schaffung eines parlamentarischen Beirats zur Mitwirkung bei Fragen der Lebensmittelversorgung. Von sozialdemokratischer Seite wurde besonders die Einführung der Landstättelkarte und der Prämienwirtschaft scharf kritisiert und der Landwirtschaft ein neues Misstrauensvotum ausgestellt. Die Deutschnationalen suchten mit allen Mitteln ihren Antrag durchzubringen und wiesen darauf hin, daß die Beibehaltung der Zwangswirtschaft eine Gefährdung unmöglich mache. Bei Beantwortung der Interpellationen suchte Wirtschaftsminister Schwarz die Bedenken zu zerstreuen, daß wir vor einem Zusammenbruch ständen. Er erklärte wörtlich: „Wenn nicht äußere Umstände dazu beitragen, daß die Lebensmittel an die Stelle gelangen, wo sie ausgegeben werden sollen, haben wir keine Veranlassung, den nächsten Wochen mit Sorge entgegenzusehen. Wir verfügen heute über größere Vorräte als vor einem Jahre.“ Über allzu rosig konnte auch der Minister unsere Aussichten nicht hinstellen und auch nicht behaupten, daß wir über die Schwierigkeiten hinwegseien. Wenn es zu einem Zusammenbruch komme, dann werde nicht nur der Großstädter und das Proletariat, sondern das gesamte Volk untergehen. Jedoch konnte der Wirtschaftsminister an einem Zusammenbruch in diesem Sinne keinen Glauben finden. Ein Auskommen ohne Zufuhren ausländischer Lebensmittel hielt auch er nicht für möglich. Darüber machte er trübe Eröffnungen. Wir bekommen zurzeit so gut wie keine Auslandslebensmittel herein. Bereits abgeschlossene Geschäfte würden wieder rückgängig gemacht, weil das Ausland Deutschland keinen Kredit mehr einräume. Unter der Zustimmung seiner Parteifreunde und unter Einspruch der Unabhängigen verneinte der Minister die Frage, ob es anders wäre, wenn die Kaiserlichen Deutschnationalen oder die Kommunisten zur Regierung kämen. Das Wesentlichste zur Besserung erblickt er darin, daß die vorhandenen Lebensmittel reiflos erfasst und gerecht verteilt würden.

2. Klasse 176. Sächf. Landes-Lotterie.

Die Kassensumme dieser beiden ist 200000 Mk., das mit 1000000 Mark werden. (Eine Gewähr der Richtigkeit. — Hauptauszahlung.)

3. Hauptauszahlung vom 18. Januar 1920.

100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000
100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000

100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000
100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000

100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000
100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000	100000

Kirchennachrichten.
 Am 2. Sonntag nach der Erscheinung.
 Predigttexte: 1. Mos. 50, 15-21. — Psalm 8, 2-10.
 1. Timoth. 6, 11-16.
Wilsdruff.
 Vorm. 9 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl. — Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 1 Uhr Abendmahlgottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Nachm. 8 Uhr Junglingsverein (Wartstube).
Grumbach.
 Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst.
Reffelsdorf.
 Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (P. Zacharias). — Nachm. 2 Uhr Taufen.
Sora.
 Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst.
Vimbach.
 Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Blankenstein.
 Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
 Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten.
 Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff.
 Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer L. A. Gädner. Für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Statt Karten.
 Für die uns zu unserer Silberhochzeit überreichten Geschenke und Gratulationen danken wir herzlichst.
 Bahnhof Ullendorf-Röhrsdorf,
 am 6. Januar 1920.
Karl Wagner und Frau.

M.-G.-B. „Sängerkrantz“
 Sonnabend den 17. Januar im Gasthof zum Goldenen Löwen
Konzert
 unter freundlicher Mitwirkung der Herren Knöfel (Klavier) und Zimmermann (Flöte).
 Leitung: Lehrer Gerhardt.
 Anfang 1/2 Uhr.
 Karten (einschl. Konzert- u. Tanzsteuer) 1.50 Mk. im „Löwen“.
Sierauf Ball.

Jung.-nationaler Arbeiter-Verein.
 Sonntag den 18. Januar abends 1/2 7 Uhr im „Adler“
Unterhaltungsabend,
 bestehend in Musik, Vorträgen, Theater und Tanz.
 Karten für Gäste, durch Mitglieder eingeführt, bei Herrn Kurt Blaitner.

Gasthof Limbach.
 Sonntag den 18. Januar
starkbesetzte Ballmusik.
 Hierzu ladet bestens ein **H. Kubisch.**

Gasthof Weistropp.
 Sonntag den 18. Januar
Feiner Ball.
 Hierzu ladet freundlich ein **Alfred Branzke und Frau.**

Allgemeiner Turnverein Wilsdruff.
 (Mitgl. des Arb.-Turn- u. Sportbundes.)
 Sonntag den 17. Jan. pünktlich 1/8 Uhr
Hauptversammlung
 im „Schützenhaus“.
 Der Turnrat.

Hafer, Hen, Stroh
 kauft zu höchsten Preisen
Louis Seidel, Wilsdruff,
 Fernsprecher Nr. 10.

Schüttstroh
 kauft **Klemm & Co., Wilsdruff.**

Achtung! Roggen- und Weizenlangstroh
 kauft zur sofortigen Lieferung 1 Zentner 20 Mk. franko
 Hackelschneiderei **Gebr. Rabe, Obergorditz**

Schimmel,
 groß, stark, ist zu verkaufen.
August Hofstedt, Wilsdruff.

Zugochse
 zu kaufen gesucht. Gebe dafür ebensoviel Zentner Schlachtwiehl ab. Provision nach Uebereinkommen.
H. Branzke, Weistropp.

Einen schwarzen Minorka-, zwei gelbe Drington-Rasse-Hähne — 19er
 verkauft **H. Rindach, Röhrsdorf.**

Gasthof Kaufbach
 Sonntag den 18. Januar von abends 7 Uhr an
Das beliebte Jugendkränzchen.
 Hierzu laden freundlich ein **Die Jugend zu Kaufbach.**

Gasthof Steinbach
 bei Reffelsdorf.
 Sonntag den 18. Januar
öffentl. Ballmusik.
 Hierzu laden freundlich ein **Kurt Göpfert u. Fran.**

Unsere geschätzten Buchromanleser machen wir darauf aufmerksam, daß mit Beginn des neuen Romans
„Das Los der Mütter“
 von Christine Ruhland
 infolge der allgemeinen enormen Verteuerung aller Rohmaterialien usw. der Preis des Einzelheftes auf 30 Pfg. erhöht werden mußte.
Wilsdruffer Tageblatt.

Prima kleine Holländer Fettheringe
 solange Vorrat reicht, Pfd. 3 Mk.
Breuer, Wilsdruff,
 Rosenstraße 82.

Grumbach. Lebensmittelverteilung.
 Sonnabend den 17. Januar nachmittags 3-5 Uhr auf hiesiger Freibank **Rindfleisch** in rohem Zustande, von Hausnummer 1 bis 65, 1/4 Pfund auf den Kopf. **Blutpreis** Mk. 2.60.
Margarinverteilung auf den Abschnitt E der Landesfettkarte, 90 Gramm zum Preise von 96 Pfennigen bei Frau Preußner.
Grumbach, am 16. Januar 1920.
 Der Gemeindevorstand.

Holz u. Kohlen-
 schlamm zur Vinderung der Kohlennot empfiehlt
Louis Seidel, Wilsdruff,
 Fernsprecher Nr. 10.

Maurer- und Maler-Schablonen
 in neuer größter Auswahl empfiehlt **Ernst Marg, Meißner 1., Bahnhofsplan 18/19.** Die Ware wird in kurzer Zeit um weitere 50% teurer, bitte deshalb jetzt zu kaufen.

Piano
 H. Flügel od. Tafelform, aus Privat- u. l. gel. Angebote mit Preis an **Regel, Dresden,**
 Gröppelplatz 11 III.

Kaufmännischer Lehrling
 für sofort oder Oftern gesucht von **Emil Weinhold, Möbelfabrik, Wilsdruff.**

Lebensgefährtin,
 30-37 J., sucht wohlhabend. Professionslos in feiner schön ländl. Heim. Angeb. u. S. P. 1441 **Rudolf Mosse, Dresden.**

Kleine Anzeigen haben
 im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen wirksamsten u. kostengünstigen Leserkreis besitzt, **große Wirkung.**